



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Innenminister gewährt ETA-Häftling Haft-erleichterung*

Nachdem sich der Zustand des Hunger streikenden ETA-Häftlings Ignacio de Juana Chaos in der letzten Woche rapide verschlechtert hat und er sich mehrfach die Magensonde, mit der er zwangsernährt wurde, entfernt hatte, entschied Innenminister Alfredo Pérez



Rubalcaba (Foto) ihm Hafterleichterung zu gewähren. Der Häftling, dessen Strafmaß wegen Verherrlichung des Terrorismus kürzlich

vom Obersten Strafgerichtshof von zwölf auf drei Jahre gesenkt wurde, hatte zu verstehen gegeben, dass er nur in Freiheit wieder anfangen würde, Nahrung zu sich zu nehmen. Nach seiner Verlegung von einem Madrider in ein Krankenhaus im baskischen San Sebastián brach de Juana Chaos dann seinen 114 Tage währenden Hungerstreik ab. Die Haftmilderung sieht vor, dass de Juana das verbleibende letzte Jahr seiner Strafe als Hausarrest verbüßt.

Rubalcaba stützte seine Entscheidung, für die er – wie er hervorhob – persönlich die Verantwortung übernehme, auf die ihm laut Strafgesetzbuch zustehende Möglichkeit

eines flexiblen Umgangs in „besonderen Fällen“. Es sei sich der Schwere der Entscheidung, die gewiss mit Zustimmung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Za-



patero (Foto) erfolgt ist, bewusst, aber er habe seinen Beschluss aus humanitären Erwägungen sowie aus politischer

Räson heraus getroffen. Der Häftling sei laut medizinischen Berichten in Lebensgefahr und müsse mit ernstesten gesundheitlichen Folgen rechnen, so Rubalcaba. Er hätte sicherlich anders entschieden, wenn die Haftverbüßung von de Juana Chaos länger als ein Jahr betragen hätte, sagte der Innenminister. Doch sei er der Ansicht, dass sein persönliches Eingreifen zu diesem Zeitpunkt notwendig war, bevor der auf 55 Kilogramm abgemagerte ETA-Terrorist stirbt und zum Märtyrer erhoben wird. Er wisse auch, dass viele Bürger seine Meinung nicht teilten, aber er habe im Sinne des Rechtsstaates und sich damit für den „humanen Staat“ entschieden, der gemäß der Verfassung dazu verpflichtet sei, das Leben eines jeden Einzelnen zu schützen. Der Innenminister unterstrich, dass Hafterleichterungen

aus humanitären Gründen bereits mehreren ETA-Häftlingen gewährt wurden. Dennoch ist der Fall de Juana Chaos der erste, bei dem diese Maßnahmen auf einen Hungerstreikenden ETA-Häftling angewendet werden.

Die Hafterleichterung für den ETA-Topterroristen de Juana Chaos, der wegen 25-fachen Mordes zu 3.000 Jahren verurteilt worden war, davon jedoch nur 18 Jahre abgesessen hat, ist als besonders prekärer Fall anzusehen. Der Terrorist, der der Madrider Zelle der ETA angehörte, gilt im Baskenland als Symbol des Freiheits- und Unabhängigkeitskampfes. Entsprechend wurde er bei seiner Ankunft in San Sebastián von rund 200 Anhängern wie ein Held empfangen. Noch Anfang voriger Woche fand in Madrid eine Massenprotestkundgebung gegen eine Freilassung des „Mörders“ de Juana Chaos statt, an der über 60.000 Demonstranten, überwiegend Anhänger der Verbände der Opfer des Terrorismus (AVT) und der spanischen Volkspartei (PP), teilgenommen hatten. Viele Spanier fühlen sich nun von der Entscheidung Rubalcabas brüskiert. Dies führte auch zu spontanen Demonstrationen am Donnerstag und Freitag im ganzen Lande. PP-



Vorsitzender Mariano Rajoy (Foto) beschuldigte die Regierung, sich von dem ETA-Häftling erpresst haben zu lassen und kündigte eine Großdemonstration an. Er machte Ministerpräsident Zapatero persönlich

für die Konsequenzen der Entscheidung verantwortlich und warf ihm Schwäche und Nachgiebigkeit vor. De Juana Chaos habe sich freiwillig in den Hungerstreik begeben und wisse selbst um die Konsequenzen. Ihm sei es nur darum gegangen, den Staat zu erpressen und dies sei ihm schließlich auch gelungen. Der Staat hingegen habe nicht alle die ihm zustehenden Möglichkeiten genutzt, um eine Zwangsernährung erfolgreich durchzusetzen. Stattdessen, so Rajoy, habe der Häftling seinen Krankenhausaufenthalt dazu genutzt, freizügig Interviews zu gewähren und das Bett mit seiner Freundin zu teilen. Dies stelle eine unglaubliche Verhöhnung des Rechtsstaates dar. Gleichzeitig habe die Regierung untätig zugeschaut und sei für die aktuelle Situation selbst verantwortlich. Es gäbe daher keine Rechtfertigungsgrundlage für die Entscheidung der Regierung. Gleichzeitig forderte er Zapatero auf, die Gründe für den Beschluss vor dem spanischen Parlament zu erläutern. Der Generalsekretär der PP und ehemalige Innenminister unter Ministerpräsident José María Aznar, Ángel Acebes (Foto), wies darauf



hin, dass die von der PP geführten Regierungen in derartigen Fällen nie die Forderungen der ETA erfüllt hätten. Der Rechtsstaat habe die Mittel, um den Terrorismus zu bekämpfen, und dürfe sich daher weder erpressen noch niederzwingen lassen. Dies sei nun aber geschehen und sei daher ein

„dunkler Tag für die Demokratie“, so Acebes. Für weitere ETA-Häftlinge sei die Botschaft klar, sagte der PP-Politiker: Man müsse nur in den Hungerstreik treten, um dann vorzeitig entlassen zu werden.

Ähnlich kritisch wurde die Entscheidung des Innenministers in den spanischen Medien bewertet. Die der Regierung nahe stehende *El País* sprach zwar vom „kleineren Übel“, betonte aber auch, dass das Gesetz eine solche Entscheidung nicht zwingend erfordert hätte. Rubalcaba hätte weitere Alternativen gehabt, diese jedoch nicht genutzt oder nicht in Betracht gezogen. Die konservative *ABC* nannte die Maßnahme eine „Erniedrigung des Staates“ und wies darauf hin, dass de Juana Chaos dadurch zwar nicht zum Märtyrer erhoben werde, wohl aber wie ein Held von seinen Anhängern gefeiert würde.



Der Präsident der Verbände der Opfer des Terrorismus (AVT), Francisco José Alcaraz (Foto), fand nur noch die Worte „Empörung“ und „Schmerz“ für die Entscheidung. Es schmerzt uns zu sehen, wie die Regierung das Gesetz biegt, sagte er. Der als liberal geltende Madrider Bürgermeister Alberto Ruíz-Gallardón, einer der Hoffnungsträger der Volkspartei, meinte, die Entscheidung sei „vermutlich der schlimmste politische Fehler“, den Zapatero seit seinem Amtsantritt begangen habe.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin, María Teresa Fernández de la Vega (Foto), kommentierte die



Äußerungen mit den Worten, sie könne die Kritik verstehen, aber manchmal müsse eine Regierung eben unpopuläre Entscheidungen treffen. Die Ankündigung der PP, eine Protestkundgebung gegen die Entscheidung zu organisieren, bezeichnete sie als „obszön“.

Es gab allerdings auch Unterstützung für Rubalcabas Entscheidung. Diese kam überwiegend von den im spanischen Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der Volkspartei. Tenor der meisten Erklärungen der Parteien war, der Staat dürfe es nicht zulassen, dass de Juana Chaos zum bestimmenden Politikum in Spanien werde. Das Schicksal des ETA-Häftlings habe bereits zu sehr das parlamentarische Tagesgeschäft bestimmt und werde – in Anspielung auf die PP und den AVT – von „gewissen politischen Kräften in Spanien missbraucht, um Spanien politische und gesellschaftlich zu spalten. Dies müsse nun ein Ende finden. Die kommunistische Linkspartei IU wie auch die sozialistische Regierungspartei PSOE bezeichneten die Kritik der PP als „zynisch“ und „gigantische Heuchlerei“. Denn in ihrer Regierungszeit habe die PP so viele ETA-Häftlinge wie nie zuvor vorzeitig entlassen. Ebenso zeigte der Sprecher der liberal-konservativen CiU und Vorsitzende der katalanischen Christdemokraten

(UDC), Josep Antoni Duran i Lleida (Foto), Verständnis für die



Entscheidung. Es sei bereits viel zu viel Blut unschuldiger Opfer in Spanien ge-

flossen; würde de Juana Chaos zu einem Märtyrer werden, bestünde noch weniger Aussicht auf ein Ende der Gewalt und des Mordens, so Duran i Lleida.

## >> PP-Chef Rajoy stärkt PP-Führungsmannschaft den Rücken



Nachdem der Vorsitzende der Volkspartei, Mariano Rajoy, Ende letz-

tes Jahres eine vorsichtige Wende in Richtung Mitte verkündet hatte und damit die Zukunft der bekannten „Hardliner“ an der Parteispitze, Eduardo Zaplana und Ángel Acebes, in Frage stellte, sagte er ihnen in dieser Woche seine volle Unterstützung zu. Damit wies er alle Spekulationen über eine mögliche Veränderung in der Parteiführung zurück.

Rajoy selbst war in den letzten Monaten mehrmals mit dem PP-Fraktionsvorsitzenden Zaplana zusammen-gestoßen. Dieser hatte zunächst seine Zustimmung zum andalusischen Autonomiestatut verwehrt und war dann mit dem Regionalpräsidenten Valencias, Francisco Camps, in Konflikt geraten, wofür ihn Rajoy desavouierte.

Trotz der Zusage, Acebes und Zaplana den Rücken zu stärken, hob Rajoy auch die Meinungsverschiedenheiten, die vor allem zwischen ihm und Zaplana in Bezug auf den Antiterrorkurs bestünden, hervor.

Rajoy mahnte seine Partei zu besonderer Disziplin und Geschlossenheit. Seine 25-jährige Erfahrung in der Politik habe ihn gelehrt, dass man durch Personalwechsel keine Freunde gewinne. Er habe nicht die Absicht, jemanden an der Parteispitze zu ersetzen und warnte jene, die versuchen würden seine Entscheidungen zu beeinflussen. Damit spielte er auch auf die konservative Tageszeitung *ABC* an, die den Parteichef in den letzten Wochen immer wieder aufgefordert hatte, beim nächsten Parteitag im Oktober personelle Veränderungen vorzunehmen.

## >> Wahl 2007: PP stellt Wahlprogramm vor

**CONTIGO  
HACEMOS  
680  
PROPUESTAS  
PARA MEJORAR  
TU VIDA**

Mit der Vorstellung ihrer Programme haben die großen Parteien den Wahlkampf für die Regional- und Kommunalwahlen am 27. Mai 2007 eingeleitet. In Madrid stellte der Vorsitzende der Volkspartei, Mariano Rajoy, einen Katalog mit 680 Vorschlägen vor, um – wie er sagte – den Bürgern „wahre“ Alternativen zur Regierungspolitik aufzuzeigen. Ermutigt durch jüngste Umfragen, in denen die

stärkste Oppositionspartei nun gleichauf mit der Regierungspartei PSOE in der Wählergunst liegt, machte Rajoy in Anspielung auf die Äußerung Zapateros, die PP entwickle sich zusehends zu einer rechtsextremen Partei, deutlich, dass die Volkspartei die wirkliche Partei der Mitte sei.

Der Oppositionsführer betonte, dass die Vorschläge der Partei alle Politikfelder abdeckten. Doch wolle sich die Partei im Wahlkampf insbesondere den Themen Korruptionsbekämpfung, Steuer- und Familienpolitik sowie innere Sicherheit widmen. Dies seien die Themen, um die sich die Menschen in Spanien am meisten sorgten, so Rajoy. Es gilt dennoch als wahrscheinlich, dass die Antiterrorpolitik im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen wird.

Rajoy rief zugleich die Partei auf, engagiert in den Wahlkampf zu ziehen. Ein gutes Ergebnis schaffe eine wichtige Ausgangsposition für die Parlamentswahl im kommenden Jahr. Nach der Überwindung der Wahlniederlage von 2004 müsse die Partei nun gestärkt in den Wahlkampf gehen, so Rajoy. Er lobte die Arbeit, die die Partei in der Opposition geleistet hatte und gab zu verstehen, dass die Hauptaufgabe nun sei, ein „bahnbrechendes“ Programm für 2008 auszuarbeiten. Dabei sei es vor allem wichtig, nicht nur Reaktionen auf Geschehenes, sondern vor allem politische Alternativen für die Zukunft zu präsentieren.

## >> **Kommunalwahlen in Spanien: Neue PP-Strategie in Katalonien**



Seit der Wiedereinrichtung der Autonomen Regionen in Spanien in den spä-

ten siebziger Jahren hat die Volkspartei in Katalonien einen schweren Stand. Bei Wahlen überspringt sie nur selten die Zehn-Prozent-Marke, denn die Volkspartei wird in Katalonien überwiegend als zentralistisch orientierte Partei angesehen. Katalanische Regionalparteien wie die liberal-konservative CiU und die linksnationalistische ERC hingegen finden mehr Anklang bei den Wählern. Zudem hat die in den letzten zwei Jahren heftig geführte Debatte um die Reform des katalanischen Autonomiestatuts, das bis heute vehement von der Volkspartei infragegestellt wird, zu einer weiteren Entfremdung zwischen Partei und katalanischer Gesellschaft geführt. PP-Chef Mariano Rajoy will dies nun ändern. Mit Blick auf die im Mai anstehenden Kommunalwahlen, hat Rajoy in der vergangenen Woche mehrere katalanische Kreise besucht. Ziel war es, das angekratzte Bild der Partei in Katalonien zu korrigieren.

Der Parteichef vermied jegliche Kritik am „Katalanismus“ und besuchte das Kloster von Poblet, das als Kultstätte des Katalanismus gilt. Rajoy betonte, es gehe ihm um das Gespräch mit der katalanischen Gesellschaft. Die Volkspartei

sei auch eine katalanische Partei, die überall in der Region Verantwortung übernommen habe. Ihre Pflicht wolle sie auch künftig im Interesse Kataloniens erfüllen, sagte Rajoy.

Der Besuch Rajoy's in Katalonien bedeutet einen grundlegenden Strategiewechsel gegenüber der Region. Bisher hatten sich Rajoy und seine Partei auf die Beziehungen zu den Wirtschaftsunternehmen in Katalonien konzentriert. Diese jedoch kritisierten vor kurzem den Führungsstil von Rajoy, vor allem im Zusammenhang mit der Reform des Autonomiestatuts. Der Kontakt mit der katalanischen Gesellschaft wurde als zweitrangig angesehen, zumal Kundgebungen und Wahlveranstaltungen überwiegend von Protesten begleitet wurden, die dem Image der Partei eher schaden. Der Strategiewandel Rajoy's wird auf den regionalen Parteivorsitzenden Josep Piqué (Foto) zurückgeführt. Der Katalane, der unter Aznar Außenminister war, gilt als Kritiker des harten Parteikurses in Madrid. Für ihn stellen insbesondere Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana einen Stein des Anstoßes dar, denn sie haben aus seiner Sicht die Volkspartei unnötigerweise radikalisiert. Zu Rajoy unterhält Piqué ein enges und vertrauensvolles Verhältnis. Beide kennen sich gut aus der gemeinsamen Regierungszeit unter Ministerpräsident Aznar. Zudem ist bekannt, dass Rajoy und Piqué



Parteivorsitzenden Josep Piqué (Foto) zurückgeführt. Der Katalane, der unter Aznar Außenminister war, gilt als Kritiker des harten Parteikurses in Madrid. Für ihn stellen insbesondere Generalsekretär Angel Acebes und Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana einen Stein des Anstoßes dar, denn sie haben aus seiner Sicht die Volkspartei unnötigerweise radikalisiert. Zu Rajoy unterhält Piqué ein enges und vertrauensvolles Verhältnis. Beide kennen sich gut aus der gemeinsamen Regierungszeit unter Ministerpräsident Aznar. Zudem ist bekannt, dass Rajoy und Piqué

ähnlich moderate Einstellungen zur Autonomiereform besitzen. Es ist davon auszugehen, dass Piqué seinen Parteivorsitzenden in Madrid davon überzeugt hat, auf große Kundgebungen zu verzichten und stattdessen einzelne Kreise mit kleinem Publikum zu besuchen.

Die Strategie der PP kann langfristig aufgehen, denn sie nutzt damit auch die gegenwärtige Schwäche ihres politischen Konkurrenten, der



CiU unter Artur Mas (Foto). Diese hat ihren Oppositionskurs gegenüber der neuen

Regierung von José Montilla (PSOE) in Barcelona bisher nicht verständlich formuliert. Einerseits will und muss sie in Barcelona Opposition betreiben; andererseits will sie auch wieder die Regierungsverantwortung übernehmen, allerdings in einer möglichen zweiten Regierung unter Ministerpräsident Zapatero. Die CiU ist derzeit eine schwankende Partei, die sich nicht festlegen kann. Die Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass die CiU weiter in der Wählergunst an Boden verliert. Dies sieht die PP, die die konservativen und gemäßigten Wähler der CiU erreichen will, als ihre Chance. Erste Reaktionen aus der CiU zeigen bereits eine gewisse Sorge, dass die moderate Botschaft der PP Anklang in Katalonien finden könnte.

## >> Gesetz zur „Historischen Erinnerung“ wird erneut debattiert

Das umstrittene Gesetz zur „Historischen Erinnerung“, welches die Zeit der Franco-Diktatur aufarbeiten soll, befindet sich nach monatelanger Abstinenz wieder auf der politischen Tagesordnung. Der Parlamentsausschuss hat beschlossen, sich in dieser Woche mit einem Antrag zur Reform des Gesetzes zur Rückerstattung des vom Franco-Regime konfiszierten Partei-besitzes zu befassen. Der Antrag, der gemeinsam von liberal-konservativer CiU, der linksnationalistischen ERC sowie der Linkspartei IU eingebracht wurde, soll das 1998 von der Regierung Aznar verabschiedete Gesetz reformieren. Dieses habe sich, so die Parteien, in der Praxis als sehr kompliziert erwiesen, da es übermäßig viele Nachweise über den damaligen Besitz fordere. Durch Bürgerkrieg und Diktatur sei es teilweise jedoch sehr schwer, den Besitz der Parteien genau zu rekonstruieren, so dass das Parlament nun einer Reform zustimmen soll.

Außerdem beklagten die Sprecher der Parteien, dass das Gesetz bisher auf die Parteien strenger angewendet worden ist als auf die Gewerkschaften. Dem widersprach



Jaime Ignacio del Burgo (Foto), stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Volkspartei im Parlament, und nannte einen Be-

trag von rund 28 Millionen Euro, der bisher als Entschädigung an die Parteien gezahlt wurde.

Darüber hinaus wurde ein weiterer Antrag der linksnationalistischen ERC aus Katalonien angenommen. Dieser sieht vor, eine Kommission einzusetzen, die die Rückgabe von Dokumenten an die katalonische Regierung untersuchen soll. Es handelt sich dabei um Dokumente, die während des Bürgerkrieges vom Militär beschlagnahmt wurden und die heute im Zentralarchiv von Salamanca eingelagert sind. Die Katalanen sind der Ansicht, dieses Material stelle einen Teil katalanischer Geschichte und Identität dar und müsste daher wieder zurückgeführt werden. Die Volkspartei wendet sich vehement gegen dieses Anliegen, da es für wissenschaftliche Zwecke wichtig wäre, alle Dokumente des spanischen Bürgerkrieges zentral zu lagern. Zudem vermutet die PP, dass die Katalanen das Material zu politischen Zwecken missbrauchen würden.

## >> Massendemonstration in Portugal gegen Sparpläne der Regierung

Die Sozialreformen und Sparpläne der sozialistischen Regierung von Ministerpräsident José Sócrates



(Foto) stoßen erneut auf harsche Kritik in der Bevölkerung. So gingen am ver-

gangenen Freitag rund 100.000 bis

120.000 Portugiesen, darunter viele Angestellte des Öffentlichen Dienstes, auf die Straßen in Lissabon, um gegen die Rentenreform sowie Einsparungen im Gesundheitswesen und Bildung zu protestieren. Die Demonstration, zu der der kommunistisch orientierte Gewerkschaftsverband CGTP aufgerufen hatte, gehört zu den bisher größten in Portugal.

Die Sparpolitik der Regierung, so der Gewerkschaftsführer Manuel Carvalho da Silva bei der Abschlusskundgebung vor dem portugiesischen Parlamentsgebäude, zerstöre langfristig die Grundlagen der sozialen Sicherung. Ministerpräsident Sócrates breche damit auch sein Wahlversprechen, die Lebensumstände der Portugiesen zu verbessern. Zunehmend würden Arbeitnehmer durch Stellenstreichungen und Arbeitslosigkeit in den Niedriglohnbereich geraten und damit an den Rand des Existenzminimums gedrängt, sagte Carvalho da Silva. Ebenso scharf griff er die geplante Rentenreform an. Die Rentenhöhe soll künftig nicht mehr nach den höchsten Gehältern der letzten 15 Beitragsjahre berechnet werden, sondern über den Durchschnitt der Gehälter der gesamten Lebensarbeitszeit. Dadurch dürfte sich das Rentenniveau in Portugal in den kommenden Jahren verringern. Als Konsequenz werden längere Lebensarbeitszeiten erwartet. Entsprechend zogen die Demonstranten mit dem Spruch „Arbeiten bis zum Tod. Das darf nicht sein!“ durch die Straßen Lissabons.

Die oppositionellen Sozialdemokraten (PSD) beteiligten sich zwar nicht an der Protestaktion, kritisierten jedoch die Sparpolitik der Regierung. Ministerpräsident Sócrates könne kein nachhaltiges Konzept zur Senkung des Haushaltsdefizits vorweisen. Steuererhöhungen und Kürzungen im Gesundheits- sowie Bildungswesen seien lediglich kurzfristige Maßnahmen mit langfristig negativen Auswirkungen. Die Regierung habe es versäumt, wirkliche Strukturreformen durchzusetzen, so ein Sprecher der PSD.

Sócrates steht unter erheblichem Druck, die Maastrichter Stabilitätskriterien – wie mit der EU-Kommission vereinbart – bis 2008 zu erfüllen. Zwar konnte Sócrates das Haushaltsdefizit von 6,8 Prozent im Jahr 2005 auf 4,6 Prozent im Jahr 2006 reduzieren, doch wird es zunehmend komplizierter für die Regierung, weitere Steuererhöhungen durchzusetzen.



Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer

Zusammengestellt:  
Michael Däumer/ Adriaan Kühn  
Carolin Sanz Noriega

Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)